ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ettmeier, Stephanie; Kriwoluzky, Alexander

Article

Austeritätspolitik der Ära Brüning hat den Wirtschaftseinbruch verstärkt und die Arbeitslosigkeit erhöht

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Ettmeier, Stephanie; Kriwoluzky, Alexander (2022) : Austeritätspolitik der Ära Brüning hat den Wirtschaftseinbruch verstärkt und die Arbeitslosigkeit erhöht, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 89, Iss. 24, pp. 345-350,
https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-24-1

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/261406

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW Wochenbericht

24 2022

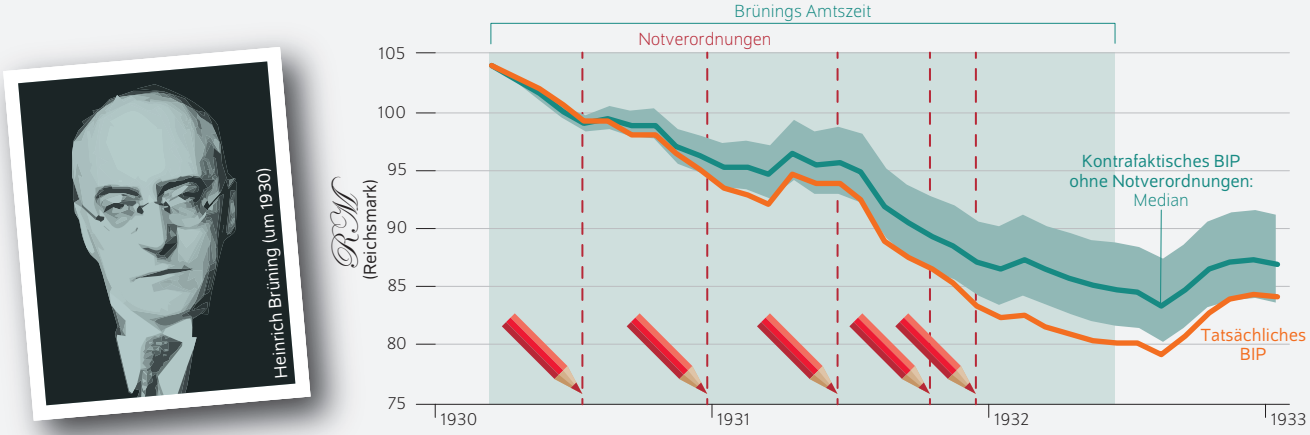
AUF EINEN BLICK

Austeritätspolitik der Ära Brüning hat den Wirtschaftseinbruch verstärkt und die Arbeitslosigkeit erhöht

Von Stephanie Ettmeier und Alexander Kriwoluzky

- Ökonomische Folgen von Heinrich Brünings Austeritätspolitik zwischen 1930 und 1932 werden erstmalig quantifiziert
- Mithilfe neuer Einnahme- und Ausgabedaten und einer Austeritätsschockreihe aus historischen Quellen lassen sich kausale Effekte identifizieren
- Brünings Sparmaßnahmen verursachten im Vergleich zum Referenzjahr 1932 einen BIP-Einbruch von 4,5 Prozent
- Zwischen Januar und Juni 1932 sorgten die Folgen der Notverordnungen für zusätzliche 3,31 Millionen Arbeitslose
- Forderungen nach Austerität als Reaktion auf gestiegene Schuldenstände in Europa sollten auch vor diesem Hintergrund evaluiert werden

Brünings Austeritätspolitik verstärkte den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um zusätzliche 4,5 Prozent
BIP pro Kopf in Reichsmark



Quelle: Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Das Glaubwürdigkeitsintervall (grün schattierter Bereich) und der Median zeigen das „kontrafaktische BIP" ohne Austeritätsintervention („Notverordnungen")

© DIW Berlin 2022

ZITAT

„Mit unserer Analyse der Brüningschen Sparpolitik, einer der folgenreichsten Austeritätsinterventionen der jüngeren Geschichte, liefern wir einen weiteren Beleg für die konjunkturbelastende Wirkung solcher Maßnahmen. Staaten können sich nicht einfach aus Rezessionen heraussparen."

— Stephanie Ettmeier —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Stephanie Ettmeier
www.diw.de/mediathek

Austeritätspolitik der Ära Brüning hat den Wirtschaftseinbruch verstärkt und die Arbeitslosigkeit erhöht

Von Stephanie Ettmeier und Alexander Kriwoluzky

ABSTRACT

Im Mai 2022 hat sich das Ende von Reichskanzler Heinrich Brünings Amtszeit zum 90. Mal gejährt. Bis heute sind die ökonomischen Auswirkungen von Brünings extremer Austeritätspolitik noch immer ungeklärt. Neue Daten und Berechnungen erlauben erstmals die Quantifizierung der ökonomischen Folgen der von Brüning erlassenen Spardekrete. Eine Analyse auf Basis eines Zeitreihenmodells veranschaulicht, wie sich die Wirtschaft der Weimarer Republik ohne Brünings Sparmaßnahmen hätte entwickeln können. Die reale Wirtschaftsleistung sank demzufolge durch die Notverordnungen im Referenzjahr 1932 insgesamt um rund 4,5 Prozent und die Arbeitslosigkeit stieg stark. Vor diesem Hintergrund sollten Forderungen nach einer Schuldenreduzierung durch Austeritätspolitik heute hinterfragt werden.

Die Staatsschulden sind mit den finanzpolitischen Maßnahmen in der Corona-Pandemie in den vergangenen zwei Jahren stark gestiegen. In Deutschland lag die Schuldenquote im Jahr 2021 mit knapp 64 Prozent über den von den Maastricht-Kriterien geforderten 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auf europäischer Ebene zeichnet sich ein ähnliches Bild ab; in einigen Staaten wie beispielsweise Italien erreicht sie mehr als 150 Prozent, in Griechenland liegt sie sogar bei 193 Prozent. Vor diesem Hintergrund steht fest, dass die Rückkehr zu nichtreformierten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts, wie sie von einigen Seiten gefordert wird, eine drastische Austeritätspolitik[1] für viele Mitgliedstaaten unvermeidlich machen würde. Wie kontraproduktiv eine auf Sparmaßnahmen ausgerichtete Politik zum Beispiel in der Schuldenkrise für Griechenland und andere hoch verschuldete südeuropäische Länder war, haben einige Studien belegt.[2]

Bei der Evaluierung der Folgen einer Austeritätspolitik ist ein Blick in die Weimarer Republik Anfang der 1930er Jahre lehrreich, in denen Deutschland unter der Weltwirtschaftskrise und hohen Schulden, verursacht auch durch die Reparationsforderungen aus dem Ersten Weltkrieg, litt. Gerade hat sich die Abdankung des Reichskanzlers Heinrich Brüning im Mai 1932 zum 90. Mal gejährt, der in seiner Amtszeit zwischen März 1930 und Mai 1932 eine Reihe weitreichender Sparmaßnahmen in Form von Notstandsdekreten erließ. Diese enthielten unter anderem Steuererhöhungen und drastische Lohn- und Pensionskürzungen, insbesondere für Staatsbeamte, und brachten Brüning den Spitznamen „Hungerkanzler“ ein (Kasten 1). Der Rückgang der Staatsausgaben zeigt das tatsächliche Ausmaß der Einschnitte: Im Fiskaljahr[3] 1931/1932 sind die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Fünftel gesunken.

1 Unter „Austerität“ wird ein wirtschaftspolitischer Kurs von Ausgabenkürzungen und/oder Steuererhöhungen verstanden.

2 Vgl. Mathias Klein (2018): Niedriges Zinsniveau verstärkt negative Effekte der Austeritätspolitik. DIW aktuell Nr. 7 (online verfügbar, abgerufen am 7. Juni 2022). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt. Philipp Engler und Mathias Klein (2017): Austeritätspolitik hat in Spanien, Portugal und Italien die Krise verschärft. DIW Wochenbericht Nr. 8 (online verfügbar).

3 Ein Fiskaljahr erstreckt sich jeweils vom 01. April bis 31. März des Folgejahrs. Das Fiskaljahr 1931/1932 verläuft also vom 01. April 1931 bis 31. März 1932.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-24-1

Kasten 1

Brünings Notverordnungen

In insgesamt fünf Notverordnungen setzte Heinrich Brüning seinen Austeritätskurs durch:

26.07.1930: Die Ende Juli 1930 verkündete Notverordnung war die erste einer Reihe von extremen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. Sie führte unter anderem eine zusätzliche Einkommensteuer für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ein (die sogenannte Reichshilfe) und verschärfte Anspruchskriterien für Sozialleistungen. Außerdem wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht.

01.12.1930: Die Verordnung verhängte weitere Gehalts- und Rentenkürzungen für Beamte und reduzierte die Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Darüber hinaus wurden die Sätze bestehender Steuern wie der Einkommensteuer erhöht und neue Steuern, wie eine Biersteuer oder die sogenannte Bürgersteuer, eingeführt.

05.06.1931: Die Notverordnung verhängte eine Krisensteuer. Darüber hinaus wurde eine Gehaltskürzung für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst durchgesetzt und Arbeitslosenversicherungsleistungen und Krisenunterstützung um fünf Prozent gesenkt. Ebenso wurde der Zeitraum bis zum Anspruch auf Arbeitslosengeld verlängert und der Kinderzuschlag gekürzt.

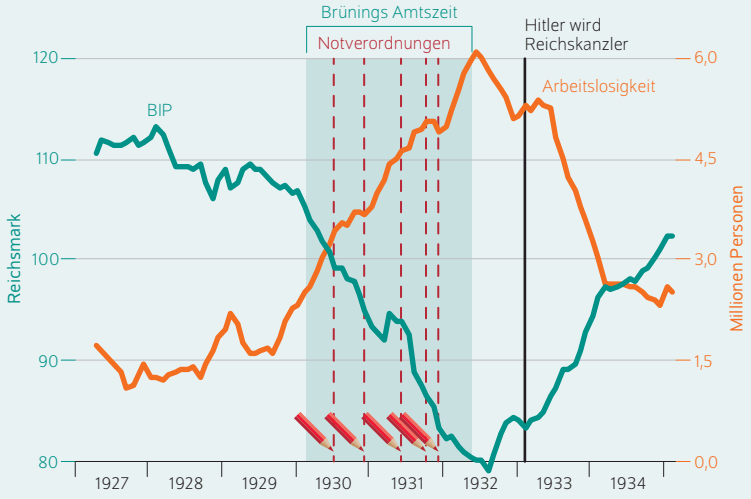
06.10.1931: Die Notverordnung enthielt weitere Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und erhöhte die Beitragsleistungen zur Arbeitslosenversicherung. Der Anspruchszeitraum für die Arbeitslosenunterstützung wurde gesenkt und das Anspruchsalter für Sozialleistungen erhöht. Außerdem wurde ein Baustopp für öffentliche Gebäude angekündigt und umfangreiche Rentenkürzungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst eingeleitet.

08.12.1931: Die Notverordnung senkte erneut die öffentlichen Löhne und setzte durch, dass die übrigen Löhne und Gehälter auf das 1927 vorherrschende Niveau gekürzt wurden. Zudem wurde der Anspruch auf Arbeitslosenversicherung auf maximal zwanzig Wochen gesenkt.

Abbildung 1

Reales BIP pro Kopf und Arbeitslosigkeit in Deutschland zwischen April 1927 und Februar 1935

Reales BIP pro Kopf in Reichsmark (linke Achse) und saisonbereinigte Arbeitslosigkeit in Millionen Personen (rechte Achse)



Anmerkung: Der hellgrüne Bereich zeigt Brünings Amtszeit. Die roten vertikalen Linien markieren die Verkündungsdaten der Notverordnungen (26. Juli 1930, 1. Dezember 1930, 5. Juni 1931, 6. Oktober 1931, 8. Dezember 1931). Die schwarze vertikale Linie kennzeichnet Hitlers Amtsbeginn als Reichskanzler im Januar 1933.

Quellen: Thilo Nils Hendrik Albers, The prelude and global impact of the Great Depression: Evidence from a new macroeconomic dataset, Explorations in Economic History, Volume 70, 2018, 150–163 (online verfügbar); Humann, Detlev, "Arbeitsschlacht": Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939, 2011, Wallstein Verlag (online verfügbar).

© DIW Berlin 2022

Die Austeritätspolitik setzte bei rückläufigem Bruttoinlandsprodukt und steigender Arbeitslosigkeit ein.

Die Spardekrete wurden zu einer Zeit erlassen, in der sich die Weimarer Republik bereits mitten in einer Wirtschaftskrise befand (Abbildung 1). Seit 1928 verschlechterte sich Deutschlands ökonomische Situation zunehmend. Schon vor Brünings Kanzlerschaft (hellgrün schattierter Bereich) begann das Bruttoinlandsprodukt zu sinken (grüne Linie) und die Arbeitslosigkeit stieg rapide an (orangene Linie). Auch international zeichnete sich ein düsteres Bild ab. Der Crash der New Yorker Börse im Oktober 1929 markierte den Beginn der Großen Depression. Dabei handelte es sich um die bis dato tiefste Weltwirtschaftskrise, die sich bis in die Mitte der 1930er Jahre zog. Außerdem brachte der Versailler Vertrag die Weimarer Republik mehrmals an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Der Vertrag von 1919 regelte die Reparationszahlungen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Die Reparationslasten wurden in nachfolgenden Verhandlungen auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt. Obwohl sie im Verlauf mehrmals verringert und zum Teil ausgesetzt wurden, stellten die Zahlungen eine finanzielle Belastung für den deutschen Staatshaushalt dar.

Brüning reagierte auf die wirtschaftliche Notlage mit einer Austeritätspolitik. Da dem Kanzler dafür die parlamentarische Unterstützung fehlte, setzte er seine Sparpolitik in Form von fünf Notverordnungen durch (gestrichelte vertikale Linien). Er stütze sich dabei auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der es ihm erlaubte, mit der Zustimmung des damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg am Parlament „vorbeizuregieren".

Die politische Lage war Anfang der 1930er Jahre bereits angespannt und Brünings Politik trug mit ihrer Unbeliebtheit zusätzlich zur Radikalisierung der Weimarer Gesellschaft bei. Hitler und die NSDAP führten eine offensive Kampagne gegen die Sparmaßnahmen und konnten auch dadurch

Tabelle

Einnahmen und Ausgaben des Reichs: Kategorien

Ausgaben	Einnahmen
1A: Überweisungen an Länder	1E: Steuern, Zölle, Abgaben
2A: Soziale Ausgaben	2E: Kapitaleinkommen
3A: Bezüge der BeamtInnen und Angestellten	3E: Außerordentliche Steuern
4A: Wohnungsbau, Vermögenswerte	4E: Sonstige Einnahmen
5A: Militär, Polizei, Verkehrswesen	
6A: Reichsschuld und Deckung von Fehlbeträgen	
7A: Kriegslasten	
8A: Reparationen	
9A: Sonstige Ausgaben	

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2022

stark von der negativen Stimmung in der Bevölkerung profitieren.[4] Noch im Mai 1928 erhielten die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl weniger als drei Prozent der Stimmen. Ein halbes Jahr nach Brünings Amtsantritt bei der Wahl im September 1930 erreichten sie bereits 18,3 Prozent.[5] Im Juli 1932, also nur zwei Monate nach Brünings Rücktritt als Reichskanzler, konnten sie mit über 37 Prozent ihr Ergebnis noch einmal mehr als verdoppeln. Von da an dauerte es nur noch ein halbes Jahr bis Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde.

Brünings Sparmaßnahmen verursachten einen BIP-Einbruch von 4,5 Prozent

90 Jahre nach Brünings Rücktritt sind die makroökonomischen Konsequenzen seiner Austeritätspolitik noch weitgehend ungeklärt. Die bisher verfügbaren vierteljährlichen Zahlen lieferten für die ökonomisch turbulente Zeit zu Beginn der 1930er Jahre bislang nur ungenaue Ergebnisse. Ein neu erstellter Datensatz mit monatlichen Staatseinnahmen und Staatsausgaben der Weimarer Republik und eine neu konstruierte Austeritätsschockreihe aus historischen Quellen ermöglichen es nun erstmals, die Wirkungen von Brünings Austeritätspolitik auf das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosigkeit zu quantifizieren.

Für den Zeitraum April 1927 bis Februar 1935 wird das monatliche Reichsbudget in detaillierte Einnahmen- und Ausgabenkategorien zerlegt.[6] Ausgangspunkt ist das 1935 von Ernst Wagemann herausgegebene „Konjunkturstatistische Handbuch“, insbesondere die darin enthaltenen aggregierten Zeitreihen zu monatlichen Einnahmen und Ausgaben des Reichs.[7] Diese Statistiken umfassen den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt und sind in Fiskaljahren organisiert. Da die aggregierten Budgetzahlen jedoch Reparationen oder auch stark konjunkturabhängige Komponenten wie soziale Transferzahlungen und Ausgleichszahlungen an Länder und Gemeinden enthalten, können diese nicht direkt in der empirischen Analyse verwendet werden. Stattdessen wird eine Vielzahl historischer Quellen genutzt, insbesondere unterschiedliche Auflagen des *Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich* und zahlreiche Ausgaben von *Wirtschaft und Statistik*, um die aggregierten Budgetzahlen in detaillierte Einnahmen- und Ausgabekategorien zu zerlegen (Tabelle).

Diese neue Zerlegung der Budgetzahlung erlaubt es, für die empirische Analyse geeignete Einnahmen- und Ausgabenvariablen zu konstruieren. Steuereinnahmen bestehen aus Steuern, Zöllen und Abgaben (1E) abzüglich der Summe der Steuerüberweisungen an die Länder (1A), soziale Ausgaben (2A) und Zinsen und Schuldenrückzahlungen (in 6A enthalten). Das Maß für die Staatsausgaben umfasst Bezüge an Beamte und Angestellte (3A), Ausgaben für Wohnungsbau und Vermögenswerte (4A), Ausgaben für Militär, Polizei und Verkehrswesen (5A) und Ausgaben zusammengefasst als Sonstige (9A). Mit diesen Einnahmen- und Ausgabenmaß werden 43 beziehungsweise 41 Prozent des gesamten Reichbudgets erfasst.

Ein weiteres zentrales Element dieser empirischen Analyse ist die aus historischen Quellen erstellte narrative Austeritätsschockreihe. Primär- und Sekundärquellen charakterisieren Brünings Haushaltskürzungen und Steuererhöhungen einheitlich als exogene wirtschaftspolitische Maßnahmen – getrieben entweder von seinen politischen Bestrebungen, die deutschen Reparationszahlungen vorzeitig zu beenden[8], oder durch seine Absicht, Deutschlands Schuldner zu besänftigen, um den Zugang zu ausländischen Krediten sicherzustellen.[9] Die fünf Notverordnungen, die zwischen Juli 1930 und Dezember 1931 von Brüning erlassen wurden, liefern ein Quasi-Experiment für eine exogene Austeritätsintervention. Insbesondere wird das Wissen über die Richtung und

4 Gregor Galofré-Vilà et al. (2021): Austerity and the Rise of the Nazi Party. The Journal of Economic History, 81(1), 81–113 (online verfügbar).

5 Neben der ersten Notverordnung haben sicherlich auch andere Faktoren, wie die schon vor Brüning gestiegene Arbeitslosigkeit, zu dem Wahlerfolg der NSDAP vom September 1930 beigetragen, vgl. Galofré-Vilà et al. (2021), a. a. O.

6 Albrecht Ritschl (2002) zeigt, dass von den Gesamtausgaben des öffentlichen Sektors zwischen 1930 und 1932 etwa 40 Prozent auf das Reich entfallen und etwa 60 Prozent auf die Länder, Gemeinden und Hansestädte. Tabelle A-12 in Albrecht Ritschl (2002): Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934: Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Vol. 2, Berlin und Boston.

7 Der deutsche Ökonom und Statistiker Ernst Wagemann (1884–1956) gilt als Begründer der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland. 1925 gründete er das Institut für Konjunkturforschung, das heutige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Von 1923 bis 1933 war er außerdem Leiter des Statistischen Reichsamts. Das unter Wagemanns Federführung 1935 herausgegebene Konjunkturstatistische Handbuch war eine der detailliertesten ökonomischen Datensammlungen seiner Zeit. Darin finden sich rund 790 monatliche Zeitreihen zur Bevölkerung, zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Gütererzeugung, Investitionen, Verkehr, Handel, Löhnen und Preisen sowie Finanzstatistiken, vgl. Ernst Wagemann (Hrsg.) (1935): Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Abschnitt XVIII. Öffentliche Finanzwirtschaft; A. Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Verwaltung.

8 Carl-Ludwig Holtfrerich (1982): Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise? Historische Zeitschrift 235, 605–632; Heinrich August Winkler (2018): Weimar 1918–1933: Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München.

9 Knut Borchardt (1979): Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes. Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 85–132; Harold James (1986): The German Slump: Politics and Economics 1924–1936. Oxford; Albrecht Ritschl, a. a. O.

Kasten 2

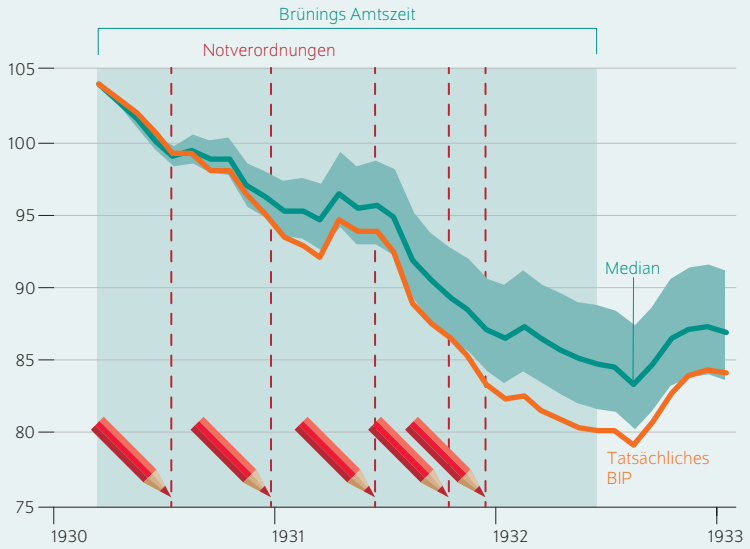
Methodik

Eine ökonometrische Herausforderung bei der Evaluierung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist die Identifikation kausaler Effekte. Ein Kausaleffekt ist dann identifiziert, wenn eindeutig von einer wirtschaftspolitischen Maßnahme auf eine bestimmte Wirkung ökonomischer Variablen geschlossen werden kann. Ohne identifizierende Annahmen ist nicht klar, ob das wirtschaftliche Geschehen die Politikmaßnahme bestimmt, oder die Politikmaßnahme das wirtschaftliche Geschehen, oder beides. Es werden daher von der Wirtschaftslage exogene Ereignisse untersucht, um Klarheit über die Wirkrichtung des wirtschaftspolitischen Effekts zu erlangen. In der vorliegenden Analyse wird auf eine narrative, also auf historischen Quellen basierende, Strategie zurückgegriffen, um eine exogene Austeritätsschockreihe zu konstruieren. Mit dieser Schockreihe lässt sich der kausale Effekt von Brünings Austeritätspolitik in einem Vektorautoregressiven (VAR) Modell analysieren.

Das bayesianisch geschätzte VAR-Modell beinhaltet sechs Variablen. Neben der Schockreihe an erster Stelle und der Staatseinnahmen- und Ausgabenvariable enthält es eine Preisvariable und die Reichsbankdiskontrate, um die Geldpolitik zu berücksichtigen. Das Modell wird abwechselnd mit dem Bruttoinlandsprodukt oder der Arbeitslosenrate geschätzt.

Abbildung 2

Kontrafaktisches BIP pro Kopf zwischen März 1930 und Januar 1933
In Reichsmark



Anmerkungen: Die grüne Linie zeigt den Median des kontrafaktischen BIPs ohne Austeritätsmaßnahmen. Der grün schattierte Bereich zeigt das 68-Prozent-Glaubwürdigkeitsintervall. Die orangene Linie zeigt den Verlauf des tatsächlichen BIPs. Die vertikalen Linien markieren die Zeitpunkte der Notverordnungen während Brünings Amtszeit (hellgrün schattierter Bereich).

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2022

Brünings Austeritätspolitik hatte kurzfristig negative Wirkungen auf die Wirtschaftsleistung.

das Timing dieser Schocks genutzt, um eine qualitative Austeritätsschockvariable zu konstruieren.[10] Gemeinsam mit den erstellten monatlichen Zeitreihen zum Reichshaushalt und anderen makroökonomischen Zeitreihen wird diese Austeritätsschockreihe verwendet, um in einem Zeitreihenmodell den Effekt von Brünings Austeritätspolitik zu quantifizieren (Kasten 2).

Die Schätzung des Modells ermöglicht die Berechnung kontrafaktischer Szenarien. Mit diesem Ansatz kann man vergleichen, wie sich Wirtschaftsleistung und Arbeitslosigkeit ohne Brünings Austeritätspolitik entwickelt hätten. Beginnend mit der ersten Notverordnung im Sommer 1930 und bis zum Ende von Brünings Kanzlerschaft im Mai 1932 übersteigt das kontrafaktische BIP (grüne Linie) das tatsächlich realisierte BIP (orangene Linie) (Abbildung 2). Die Notverordnungen hatten demnach für den Hauptteil von Brünings Amtszeit eine negative Wirkung auf die Wirtschaftstätigkeit. Die Differenz zwischen geschätztem und beobachtetem BIP wird ab August 1931 statistisch signifikant.

In Summe belaufen sich die Verluste aus den statistisch signifikant geschätzten Monaten auf 4,46 Prozent gemessen am BIP des Referenzjahres 1932. Setzt man diesen Verlust an Wirtschaftskraft ins Verhältnis zu den von Deutschland im Jahr 1930 geleisteten und als wirtschaftliche Belastung empfundenen Reparationszahlungen, belaufen sich die wirtschaftlichen Verluste aufgrund von Brünings Notverordnungen gar auf 239 Prozent.[11] Dabei war 1930 das Jahr, in dem Deutschland die meisten Reparationszahlungen seit dem Ende des Ersten Weltkriegs geleistet hat.

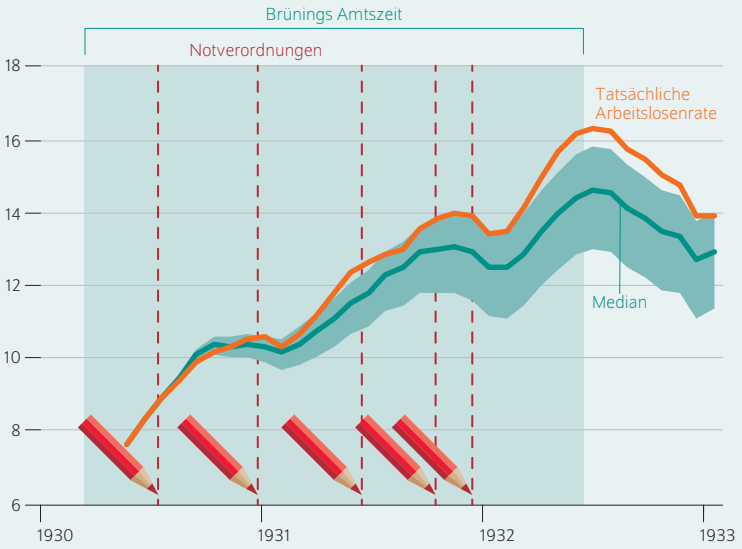
Für den Arbeitsmarkt sieht das Bild ähnlich düster aus. Ab Oktober 1930 verläuft die geschätzte (grüne Linie) unter der tatsächlich realisierten Arbeitslosenquote (orangene Linie)

10 Die Konstruktion von qualitativen Schockvariablen ist nicht neu in der empirischen makroökonomischen Literatur und steht in der Tradition von Christina D. Romer und David H. Romer (1989): Does Monetary Policy Matter? A New Test in the Spirit of Friedman and Schwartz, NBER Macroeconomics Annual 1989, Volume 4, 121–184 (online verfügbar), Valery A. Ramey und Matthew Shapiro (1998): Costly capital reallocation and the effects of government spending, Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy, 48, 145–194 (online verfügbar). Kartazyna Budnik und Gerhard Rünstler (2020): Identifying SVARs from sparse narrative instruments: dynamic effects of U.S. macroprudential policies, Working Paper Series 2353, European Central Bank (online verfügbar) und Lukas Boer und Helmut Lütkepohl (2021): Qualitative versus quantitative external information for proxy vector autoregressive analysis, Journal of Economic Dynamics and Control, 127 (online verfügbar) sind neuere Arbeiten, welche die gleiche Vorgehensweise wählen. In der hier vorgestellten Analyse wird die Schockvariable an den Ankündigungsdaten von Brünings Notverordnungen auf minus eins gesetzt (Juli 1930, Dezember 1930, Juni 1931, Oktober 1931, und Dezember 1931) und an den sonstigen Daten auf null.

11 Für diese Berechnung werden die statistisch signifikant geschätzten BIP-Verluste (in Reichsmark, real und pro Kopf) ins Verhältnis mit den vom Deutschen Reich im Jahr 1930 gezahlten Reparationen (in Reichsmark, real und pro Kopf) gesetzt und mit 100 multipliziert.

Abbildung 3

Kontrafaktische Arbeitslosenrate zwischen März 1930 und Januar 1933
In Prozent



Anmerkungen: Die grüne Linie zeigt den Median der kontrafaktischen Arbeitslosenrate ohne Austeritätsmaßnahmen. Der grüne Bereich stellt das 68-Prozent-Glaubwürdigkeitsintervall dar. Die orangene Linie stellt den Verlauf der tatsächlichen Arbeitslosenrate dar. Die vertikalen Linien markieren die Zeitpunkte der Notverordnungen während Brünings Amtszeit (hellgrün schattierter Bereich).

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2022

Die Sparpolitik hat die Arbeitslosigkeit deutlich erhöht.

und bleibt dort bis zum Ende von Brünings Kanzlerschaft (Abbildung 3).

Ohne die Sparpolitik wäre die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren der Weimarer Republik also deutlich geringer gewesen. Außerdem nimmt die Lücke mit der Zeit zu. Brünings Fiskalpolitik trieb demnach die Arbeitslosigkeit zunehmend in die Höhe. Einen Monat nach Ankündigung der letzten Notverordnung wird der Unterschied auch statistisch signifikant. Allein für diesen signifikanten Zeitraum zwischen Januar und Juni 1932 belaufen sich die Folgen der Notverordnungen auf zusätzliche 3,31 Millionen Arbeitslose. Das entspricht neun Prozent der durchschnittlichen monatlichen Erwerbsbevölkerung des Jahres 1932.

Fazit: Brünings Sparkurs verschlimmerte die Rezession

Die Analyse zeigt, dass Brünings Konsolidierungsmaßnahmen keine stabilisierende Wirkung hatten, sondern zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um zusätzliche 4,5 Prozent und zu 3,31 Millionen zusätzlichen Arbeitslosen führten – genau in einer Zeit, in der Deutschland bereits von der Weltwirtschaftskrise und einer Bankenkrise schwer getroffen wurde.

Diese beträchtlichen makroökonomischen Schäden blieben nicht ohne Auswirkungen. Jahre extremer wirtschaftlicher Not führten dazu, dass sich die Menschen von den etablierten Regierungsparteien abwandten und nach politischen Bewegungen suchten, die wirtschaftliche Alternativen versprachen. Es ist tragisch, dass die NSDAP diejenige Partei war, die am meisten profitieren konnte. Unter diesen Umständen kann Brünings Austeritätspolitik als fataler Brandbeschleuniger bezeichnet werden.

Auch in diesem Jahrhundert sind in Zeiten hoher Staatsverschuldung das Für und Wider von Austeritätspolitik heftig diskutiert worden, sei es während der Euroschuldenkrise, als die Troika (IWF, EZB und EU) Griechenland harte Sparmaßnahmen auferlegt hatte, sei es in der Corona-Krise, in der aktuell die Wiedereinhaltung der Maastricht-Kriterien angemahnt wird. In der Schuldenkrise hat die Austeritätspolitik in den Jahren 2010 bis 2014 die Situation der südeuropäischen Länder nachweislich verschärft. Da dies auch in der Ära Brüning vor 90 Jahren der Fall war, sollte auch jetzt genau überlegt und abgewogen werden, wie zielführend eine Austeritätspolitik wäre, um die Schuldenstände in den von der Pandemie und durch hohe Inflation gebeutelten europäischen Staaten abzubauen.

Sicherlich ist die aktuelle Situation eine andere als in den 30er Jahren. Aber auch in Europa und in Deutschland lassen sich verstärkt nationalistische Töne vernehmen, die vor diesem Hintergrund Anlass zur Sorge bereiten könnten. Und auch hier zeigen Studien, dass wachsende Perspektivlosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheit die Abkehr von den Volksparteien beschleunigen können.[12]

12 Vgl. Christian Frank, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht Nr. 8 (online verfügbar, abgerufen am 7. Juni 2022)

Stephanie Ettmeier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | settmeier@diw.de

Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | akriwoluzky@diw.de

JEL: C32, E62, E65, N14

Keywords: Austerity, Fiscal policy, Germany, Great Depression, Structural vector autoregression

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
89. Jahrgang 16. Juni 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Kristina van Deuverden

Redaktion
Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Kevin Kunze; Sandra Tubik

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**